

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Suchstellen-Anzeigen die halbpennige Kolonnen-Beile 50 S. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nilolaisstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Eine Million

Arbeiter und Arbeiterinnen sind in unserm Verbandsgebiet beschäftigt; davon gehört noch nicht der fünfte Teil unserm Verbands an. Ein ungeheures Arbeitsfeld liegt noch vor uns. Es kann nur dann mit Aussicht auf Erfolg bearbeitet werden, wenn alle Berufenen mithelfen.

Das Wirtschaftsjahr 1911.

II.

Die Wirtschaftslage in den einzelnen für unsern Verband in Betracht kommenden Industriezweigen ist schwer zu beurteilen. Es fehlt an exakten, statistischen Angaben; die Berichte, die von einzelnen Unternehmungen an das „Reichsarbeitsblatt“ geliefert werden, sind so allgemein gehalten und so sehr von der subjektiven Auffassung der Berichterstatter abhängig, daß sie sehr vorsichtig beurteilt werden müssen. Die Betriebskrankenkassen, die durch Berichte über den Zu- und Abgang von Mitgliedern zur Aufhellung der Konjunktur beitragen könnten, halten sich zurück; aus der chemischen Industrie berichten nur 92 Kassen mit zusammen rund 40 000 Mitgliedern an das Kaiserliche Statistische Amt. Nach den Berichten dieser Kassen brachten im Vorjahre 9 Monate einen Zuwachs und 3 Monate ein Rückgang an Mitgliedern. Aus der Papier-, Zucker- und Ziegelindustrie ist noch weniger zu erfahren.

Wird das Verbandsgebiet als Ganzes betrachtet, so gibt unsre Arbeitslosenstatistik einigen Aufschluß. Sie zeigt, ob und nach welcher Richtung sich der Arbeitsmarkt im Verbandsgebiet verändert hat. Nach dem Stand des Arbeitsmarktes läßt sich denn der Stand des gesamten Wirtschaftsmarktes beurteilen. — Ueber den Umfang der Arbeitslosigkeit in verflorenen Jahre und im Verhältnis zu den Vorjahren geben zunächst folgende Zahlenreihen Auskunft:

Auf je 100 Mitglieder kamen Fälle von Arbeitslosigkeit im ganzen Quartal:

	1907	1908	1909	1910	1911
1. Quartal	4,4	7,5	13,5	8,6	6,7
2. „	2,5	4,7	5,0	4,7	3,2
3. „	2,3	4,8	4,2	3,1	3,0
4. „	4,4	9,3	6,5	4,3	4,3

Nach diesen Zahlen war die Arbeitslosigkeit in den ersten drei Quartalen geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres; im letzten erreichte sie jedoch dieselbe Höhe. Dasselbe Verhältnis zeigen die folgenden Zahlen über die im Verhältnis zu den Vorjahren ausbezahlte Unterstützung an Arbeitslose (ohne Krankenunterstützung):

An Arbeitslosenunterstützung wurden gezahlt:

	1907	1908	1909	1910	1911
1. Quartal	69 217	128 422	272 116	198 087	141 040
2. „	25 766	64 138	68 077	99 850	64 603
3. „	27 123	63 384	60 467	59 180	56 417
4. „	29 198	123 366	99 966	84 202	89 483
Jahr	161 304	379 310	500 626	441 299	351 542

Im letzten Vierteljahr ist die Unterstützungssumme, entsprechend der höheren Mitgliederzahl, höher als im Jahre 1909, in den übrigen Quartalen ist sie niedriger. Insgesamt wurden rund 90 000 M. Arbeitslosenunterstützung weniger ausbezahlt; obwohl die Mitgliederzahl nicht unerheblich gestiegen ist. Wir können also eine erfreuliche Besserung des Arbeitsmarktes konstatieren. Leider ist es nicht möglich, festzustellen, ob sich diese Besserung auf alle für uns in Frage kommenden Industriegruppen erstreckt. Vielleicht läßt sich die Statistik in Zukunft so weit ausbauen, daß eine solche Uebersicht möglich ist; vorläufig müssen wir uns mit diesen allgemeinen Zahlen begnügen.

Im ersten Artikel wurde schon gesagt, daß über die Gewinne der Fabriken im Jahre 1911 nähere Angaben noch fehlen. Damit entgeht uns ein wichtiger Maßstab für die Wirtschaftslage. Einen teilweisen Ersatz hierfür bilden die Schwankungen der Börsenkurse. Die Börsenjobber haben durchweg eine feine Nase und gute Verbindungen. Wenn irgendeinem Industriezweig oder auch nur einer Aktiengesellschaft ein Rückgang der Gewinne droht, reagiert die Börse in neun von zehn Fällen mit einem Rückgang der Kurswerte. Und umgekehrt: sobald irgendeine Gesellschaft oder eine Industrie Aussicht auf Steigerung der Gewinne hat, zeigt die Börse steigende Kursziffern. Als Professor Ehrlich sein Sphygmilometer erfunden hatte, stiegen plötzlich die Aktien der Schöpfungsbauwerke. Erst später erfuhr die Öffentlichkeit, daß diese Gesellschaft sich das Recht der Herstellung des Ehrlichen Mittels gesichert hatte. Als im Sommer des Vorjahres Deutschland von Frankreich einen Teil des Kongogebiets erhalten hatte, stiegen die Aktien einer Charlottenburger chemischen Fabrik. Kurz darauf stellte sich heraus, daß diese Fabrik ein Mittel gegen die in dem neu erworbenen Gebiet verbreitete Schlafkrankheit herstellt und mit Erfolg vertreibt.

Das sind nur einige Beispiele aus letzter Zeit, die zeigen, daß die Börse ein sehr gutes Barometer für den Wirtschaftsmarkt ist; richtiger, daß die Börsenkurse zu den Gewinnergebnissen in einem bestimmten Verhältnis stehen. Dies vorausgeschickt, werden die folgenden Zahlen über den Kursstand der an der Berliner Börse gehandelten Aktien der verschiedenen für unsern Verband in Betracht kommenden Industriezweige Interesse und Verständnis

finden. Der Kursstand ist für die letzten fünf Jahre, und zwar immer für die Jahresmitte (30. Juni) und den Jahresabschluss (31. Dezember) angegeben.

Industrie	1907		1908		1909		1910		1911	
	30. Juni	31. Dezbr.	30. Juni	31. Dezbr.	30. Juni	31. Dezbr.	30. Juni	31. Dezbr.	30. Juni	31. Dezbr.
Industrie der Steine u. Erden	183	186	174	187	184	195	194	198	194	199,33
Chem. Industrie	293	323	256	272	301	349	342	370	376	382,89
Papierindustrie	143	143	131	110	118	125	127	128	135	130,—

Wie diese Tabelle zeigt, erreichten die Kurse der chemischen Industrie und der Industrie der Steine und Erden (Ziegeleien) ihren tiefsten Stand um die Mitte des Jahres 1908; seitdem sind sie, wenn auch nicht ununterbrochen, gestiegen. Die Aktien der chemischen Industrie zeigen eine geradezu stürmische Aufwärtsentwicklung, die allerdings am Ausgang des Jahres 1911 ein wenig abflaut. Die Papierindustrie hatte Ende 1908 ihren tiefsten Stand erreicht; seitdem ist sie, langsam zwar, aber ohne Unterbrechung, gestiegen; die Abflauung am Schlusse des Jahres zeigt den Rückgang der Beschäftigung infolge der Beendigung der Reichstagswahlen.

Aus den Zahlen der Tabelle darf geschlossen werden, daß einmal das verflorenen Jahr den Unternehmern dieser Industriezweige gute Gewinne gebracht hat und daß zum andern das laufende Jahr gleichfalls eine gute Ernte verspricht.

Ueber die Lage in den einzelnen Industriezweigen am Schlusse des Jahres geben die allmonatlich erscheinenden Berichte im „Reichsarbeitsblatt“ ein zwar von subjektiven Auffassungen nicht freies, im großen und ganzen jedoch zutreffendes Bild. Ueber den Arbeitsmarkt im Monat Dezember wird da aus der chemischen Industrie berichtet:

Die chemische Industrie (einschließlich der Industrie der Fette, Oele usw.) wird wie in den Vormonaten fast durchweg als gut beschäftigt bezeichnet. Im einzelnen hatte die Säurefabrikation wie in den Vormonaten gut und besser als im Vorjahre zu tun. In chemisch-pharmazeutischen Präparaten war das Geschäft im allgemeinen zufriedenstellend, die Ausfuhr nach dem Orient litt jedoch infolge des türkisch-italienischen Krieges erheblich. In Chromaten war das Geschäft besser als im Vormonat und im Vorjahre. Die Gelatinefabrikation hatte normal zu tun. Auch die Seifenfabrikation war gut beschäftigt. Mehrfach wird aus Süd- und Norddeutschland ein Ueberangebot von Arbeitskräften gemeldet.

Nach einem Bericht des Vereins Deutscher Farbstoff- und Gerbstoffextraktfabrikanten war der Geschäftsgang wie im Vormonat gut und besser als im Vorjahre. Die übrigen sehr zahlreichen Berichte aus der Anilinfarber- und sonstigen Farben- und Lackindustrie lauten zumeist befriedigend, betonen aber mehrfach einen in der Jahreszeit begründeten Rückgang gegenüber dem Vorjahre; auch wird auf eine Störung des Ausfuhrgeschäftes nach China und Italien hingewiesen. Der Absatz in Zinnweiß ist weiter zurückgegangen, so daß die Lagerbestände sehr zugenommen haben.

In der Teerdestillation war die Beschäftigung wie in den Vormonaten normal. In der Glycerinfabrikation hat sich der Umsatz im Berichtsmonat gebessert und sich auf der Höhe des Vormonats gehalten. Die Lanolinfabrikation war voll beschäftigt. Aus den Glycerinraffinerien lauten die Berichte aus Westdeutschland ungünstig, doch stellen sie eine geringe Verbesserung gegenüber dem Vormonat fest, während die Berichte aus Norddeutschland recht günstig über den Geschäftsgang urteilen, aber doch einen Rückgang gegenüber dem Vormonat erwähnen. In Wärme- und Kälteschutzmitteln war die Beschäftigung gut und besser als im Vormonat und Vorjahre. In Westdeutschland machte sich Mangel an Arbeitern bemerkbar.

Die berichtenden Betriebskrankenkassen der chemischen Industrie, denen 39 398 männliche und 3667 weibliche Mitglieder angehören, hatten im Berichtsmonat eine Abnahme von 374 männlichen und eine Zunahme von 9 weiblichen Personen aufzuweisen. Aus der Industrie der Steine und Erden wird berichtet, daß die Ziegeleien verhältnismäßig genügend zu tun hatten. In Tonwaren war die Beschäftigung wie im Vormonat gut und besser als im Vorjahre. In Steingut war die Beschäftigung noch ausreichend, doch trat eine geringe Stöckung im Berichtsmonat ein, die dadurch veranlaßt ist, daß vor dem Abschluß der Preiskonvention einige Fabriken umfangreiche Aufträge entgegengenommen und die Lager der Kundschaft daher überfüllt waren.

In der Papierindustrie war nach einem Bericht des Vereins Schlesischer Papierfabrikanten die Beschäftigung in Druck- und Seidenpapier sowie holzschliffreien und besseren holzschliffhaltigen Schreib- und Druckpapieren infolge des Weihnachtsgeschäfts und der bevorstehenden Wahlen ausreichend und zumeist besser als im Vormonat, aber schlechter als im Vorjahre. Die übrigen Berichte aus der Papierindustrie sprechen sich durchweg günstig über den Geschäftsgang, besonders in Druckpapieren, aus.

Die Beschäftigung in Chromo-, Glace- und Buntpapieren und Kartons war ganz außergewöhnlich schlecht und hatte auch gegen den Vormonat noch einen starken Rückgang aufzuweisen, der zum Teil auf den Streik im Steindruckgewerbe zurückzuführen ist.

Die Zellstofffabrikation war nach einem Bericht des Vereins Deutscher Zellstofffabrikanten wie im Vormonat und Vorjahr ausreichend beschäftigt.

In der Holzstoffindustrie hat sich die Beschäftigung nach Mitteilungen des Vereins Deutscher Holzstofffabrikanten gegen den Vormonat, der überaus ungünstig war, nicht gebessert, da die Wasserverhältnisse auch im Dezember sehr schlecht blieben.

Die Tapetenindustrie war nach den vorliegenden Berichten durchweg gut und besser als im Vormonat beschäftigt; mehrfach war Ueberarbeit erforderlich, um eilige Aufträge und solche für das Frühjahr auszuführen. Aus Westdeutschland wird Ueberangebot an Arbeitskräften gemeldet. Es wird auch darauf hingewiesen, daß die Fabrikation sehr unter dem Papiermangel zu leiden hatte, da die Papierfabriken wegen Wasserlethandes nur zum Teil arbeiten und nur langsam liefern konnten.

Schlechter als im Vorjahr ist die Beschäftigung in Zucker- und Konservenfabriken. Die schlechte Zuckerrübenerte war naturgemäß auf die Poggendorff- und Raffinerien zurückzuführen. In der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1911 wurden von den deutschen Zuckerrüben 90,5 Millionen Doppelzentner rohe Zuckerrüben verarbeitet gegen 155,5 Millionen Doppelzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres; in den vier Monaten 1911 wurden 12,68 Millionen Doppelzentner Rohzucker gewonnen gegen 22,02 Millionen Doppelzentner im Vorjahr.

Wesentlich liegen die Verhältnisse in der Konservenindustrie, soweit Gemüsekonserven in Frage kommen. In diesen Betrieben war die Beschäftigung außerordentlich gering. Uebrigens werden die Gewinne der Unternehmer unter der Mißernte nur wenig leiden. Die meisten Abchlüsse auf Gemüse waren gemacht, bevor die Mißernte vorauszu sehen war, so daß der Preis der Rohstoffe sich in den alten Grenzen hielt. Dagegen sind die Preise für fertige Konserven ganz enorm gestiegen. Was die Fabrikanten sonach durch Verminderung des Umsatzes einbüßen, bringen sie durch höhere Preise wieder herein. In den Zuckerrüben- und Raffinerien liegen die Verhältnisse nicht anders. Die Kapitalisten fallen eben immer auf die Höhe. Die Arbeiter hingegen haben verminderte Arbeitsgelegenheit und vielfach verminderten Lohn.

Sehen wir von den durch besondere Umstände verursachten Verhältnissen in der Zucker- und Konservenindustrie ab, so dürfen wir für 1911 eine allgemeine weitere Besserung des Wirtschaftsmarktes in unserm Verbandsgebiet konstatieren. Diese Besserung haben wir für unsre Mitglieder schon im verflorenen Jahre nach Kräften genützt; der demnächst erscheinende Bericht über den Umfang und Erfolg unsrer Lohnbewegungen wird das ausweisen. Aber sehr viel Arbeit liegt noch vor uns. Das laufende Jahr wird uns neue, schwere Kämpfe und es muß uns neue und schöne Erfolge bringen. Die Zeichen stehen günstig: Frisch auf zum Kampfe!

An freiwilliger Arbeit gehindert

war tagelang die Linke des Reichstags. Bereits in der vorigen Nummer teilten wir in der Wochenschau mit, daß der erklärte Präsident, Herr Spahn, sein Amt niedergelegt habe. Im ersten Augenblick legte man dieser Verzichtserklärung des Zentrum auf die höchste Würde, die der Reichstag zu vergeben hat, keine Bedeutung bei; man schätzte sie ein als einen Akt der Solidarität der Schwarzten gegenüber den Blauen, ohne weitere Wirkung. Das Schließen der Linke durch Wahl eines Präsidents aus den Reihen der Nationalliberalen galt allen als die einfachste Lösung. Diese wurde aber verhindert durch die Nationalliberalen des rechten Flügels. Die Präsidentenwahl hat der Welt deutlich und klar bewiesen, daß in der nationalliberalen Fraktion Politiker Platz haben, die an Rückständigkeit der politischen Auffassung, in der Rücksichtnahme auf das Stimmzettel oder gnädige Rücksicht hochstehender Personen es mit den Stockkonservativen ruhig aufnehmen können. Raum hätte der Draht der Welt die Nachricht überbracht, daß die Nationalliberalen der Sozialdemokratie das Recht zugesprochen, im Präsidium zu sitzen und dieser Auffassung durch die Wahl Dehls und Scheidemanns Ausdruck gegeben hätten, da hub auch der Entzifferungsnummer an. Auszüge aus der nationalliberalen Partei, Mißbilligungsäußerungen ließen ein usw. Nationalliberale Vertrauensmänner, darunter Mitglieder des preussischen Landtags, traten in Berlin zusammen. Kritiker des Verhältnisses der nationalliberalen Reichstagsfraktion auf schärfste und forderten

Herren aber den guten Rat geben, auf ihren Sieg nicht allzusehr zu bauen und den beabsichtigten Kampf gegen die Organisation lieber nicht erst anzufangen.

Korrespondenzen.

Bischof i. M. Zu dem Hinweis auf die Hausagitation in Nr. 6 des 'Proletariers' bemerken wir, daß auch unter Zahlstelle mit dieser Form der Agitation erfreuliche Erfolge erzielt hat.

Darmstadt. Die Mitglieder der Zahlstellen Darmstadt, Pfungstadt, Ober-Ramstadt und Gräfenhausen entschlossen sich im vergangenen Jahre, die Zahlstellen vom 1. Juli an zu verschmelzen und einen Geschäftsführer anzustellen, um die Agitation energischer und planmäßiger betreiben zu können.

Zu den Bewegungen fanden in diesem Zeitraum drei statt. Zunächst waren es die Kollegen der Ziegelei Gebr. Steinweg, die Lohnforderungen eingereicht hatten.

Nachdem im Monat Mai des Berichtsjahres die Arbeiter der Sortieranstalt Wolf-Strauß sich einen allgemeinen Lohnaufschlag von 2 Pf. pro Stunde erlangen hatten, haben endlich auch die Arbeiterinnen genannter Firma es für notwendig erachtet, ihre Lohnverhältnisse zu verbessern.

Das gleiche ist die Ursache der Streikbewegung der Arbeiter der Ziegelei Gebr. Steinweg, die Lohnforderungen eingereicht hatten. Erreicht wurde für die Arbeiter eine Erhöhung des Stundenlohns um 2 Pf.

Die Bewegung der Arbeiter der Ziegelei Gebr. Steinweg, die Lohnforderungen eingereicht hatten, wurde durch die Agitation der Zahlstelle erfolgreich durchgeführt. Die Arbeiterinnen der Sortieranstalt Wolf-Strauß haben ebenfalls ihren Lohnforderungen nachgegeben.

Die im vorigen Spätjahr vorgenommene statistische Aufnahme über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen und Kolleginnen hat gezeigt, wie schlecht dieselben noch in und um Darmstadt sind.

Harburg. Der Wächtermeister Nagel sieht sich verpflichtet, seine Arbeitern von der verhängten Organisation fernzuhalten. Es war uns gelungen, die dort beschaffigen Arbeiterinnen der Organisation zuzuführen.

Parisruhe. Rückblick auf das Jahr 1911. Im vergangenen Jahre lag die Mitgliederzahl unserer Zahlstelle bei 322 auf 579, also um 257. Lohnforderungen wurden dort gestellt um 121 Forderungen, für die ein Nachzahlungsbetrag von 4450 Mk. zur Verfügung gestellt wurde.

Arbeiterverband jedoch nicht. Daß Herr Hofmann mit dem Verband der Töpfer gut abgeklärt hat, hat seinen Grund. Erstens hat er eine geschlossene Masse vor sich, die nicht so ohne weiteres mit sich spielen läßt.

Ein weiterer Grund liegt aber auch in der Meisterfrage. Wenn der Töpfermeister Herr Mühlle im Brennhause usw. als Meister tätig wäre, würde der Herr Hofmann vielleicht gerade das Gegenteil erlebt haben.

Ergebnis a. A. Auch unsere Zahlstelle hat im letzten Jahre erfreuliche Fortschritte gemacht. Vor 1910 hatten wir immer nur fünf bis dreizehn Mitglieder; dann stiegen wir mit einer lebhaften Hausagitation ein, und heute haben wir schon 60 Mitglieder.

Rundschau.

Gelehrte und ungelernete Arbeiter in England und Deutschland. Der englische Gewerkschaftsführer Ben Tillet besuchte vor einiger Zeit Deutschland, um die deutsche Gewerkschaftsbewegung aus eigener Anschauung kennen zu lernen.

Polizei und Gerichte.

Im Recht und doch verurteilt. Im Verbandsorgan der Töpfer waren im vergangenen Jahre in Berlin aus Gleiwitz die Arbeit und die Arbeitsbedingungen bei dem Töpfermeister Peter in Gleiwitz kritisiert worden.

Im Verbandsorgan der Töpfer waren im vergangenen Jahre in Berlin aus Gleiwitz die Arbeit und die Arbeitsbedingungen bei dem Töpfermeister Peter in Gleiwitz kritisiert worden.

Ein aufgehobenes Justizhausurteil. Vom Landgericht in Detmold wurde am 21. Juni 1911 der Holzschlösser Kramer wegen Meinschuld zu zwei Jahren Justizhaus verurteilt.

Vertrag.

Zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten zwischen dem Verband der Brauereiarbeiter und Mälzereiarbeiter und dem Verband der Fabrikarbeiter wird folgende Vertrag geschlossen:

Sinner in Gräfenhainchen, Mineralwasserfabriken, soweit in solchen der Fabrikarbeiterverband noch keine Tarifverträge abgeschlossen hat.

Der Verband der Fabrikarbeiter ist zuständig für alle Arbeiter in Mineralmühlern, Farb-, Zement-, Schwerspat-, Kalk- und Gipsmühlern, Dampfabriken, Stärkefabriken, Malzfabriken, etc.

Verbandsnachrichten.

Statistik. — Graue Karten. Für Monat Februar sind die grauen Karten bis zum 4. März einzusenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 24. Februar.

Gesucht werden Protokolle vom 5., 6. und 8. Verbandsstage. Zahlstellen, die noch im Besitz überzahliger Exemplare sind, werden gebeten, dieselben baldmöglichst an den Vorstand einzusenden.

Die Bevollmächtigten werden ersucht, die noch ausstehenden Sammellisten für die Tabalarbeiter sofort einzusenden. Die Zahlstellen, welche Gelder an die Kartelle oder die Generalkommission direkt gegeben haben, werden um Mitteilung gebeten, an wem und in welcher Höhe die Unterstützung bewilligt wurde.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1911 haben eingekandt: Kammin i. Pomern, Gernshelm, Bary a. d. Elbe, Bodenwerber, Gafloch, Schifferhaid, Schongau.

Vom 13. Februar an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Altenburg (S.-M.) 3433,25. Hagen i. Westf. 356,52. Neuenhau 59,49. Kammin 29,30. Staßfurt 9,—. Nürnberg 6,—. Kiel 6,—. Gernshelm 2,16. Scharndorf 400,—. Kassel 1,90. Bötzig 1,—. Marggrün 500,—. D. 20,—. Dresden 17,—. Oldenburg i. Grob. 1,—. Dresden 1000,—. Staßfurt 800,—. Freiburg i. Br. 201,26. Bodenwerber 702,31. Arnstadt 600,—. Dölan 226,80. Flauenischer Grund 1500,—. Apenrade 260,95. Schongau 78,77. Bremerhaven 28,80. Erfurt 2,—. Mauen i. S. 1,75. Grünberg i. Schl. 67,—. Zellheim 11,48. Ullm a. d. D. 2,—.

Schluß: Montag, den 19. Februar, mittags 12 Uhr. Fr. Brunz, Kassierer.

Für die ausgeperrten Tabalarbeiter in Wippe und Weiffaten gingen ein: Neuhalsleben 1,45. Wittenberge 1,50. Berichtigung. In Nr. 6 muß es heißen: Geesthacht 70,—, nicht für die Hauptkasse.

Ausgeschlossen.

wurden die Mitglieder der Zahlstellen. Reiz: Luise Poppe, Buch-Nr. 432 727. Mannheim: Philipp Spizer, Buch-Nr. 322 689.

Zusammung zur Erhebung von Lokalbeiträgen. erhielt die Zahlstelle Dresden, und zwar 15 Pf. pro Woche für männliche und 10 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetretten in.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Annaberg i. S.: Hermann Mann, Buchholzer Straße 34. D'Arbost: Hermann Reuß, Ulmenstraße 31. Geschäftsführer: Paul Wahler. Bureau: Glabacher Straße 44. Geschäftszeit von 11—1 und 2 1/2—5 1/2 Uhr.

Eingegangen.

find die Zahlstellen Kenteich, Derlinghausen.

Angeschlossen.

an Flensburg haben sich die Mitglieder der Zahlstelle Apenrade.

Briefkasten.

München. „Einige Abteilungen“ bei Meyler u. Co. Auf Euer Schreiben gehen wir ein, sobald Ihr einmal die Courage zeigt — es gehört nur ganz wenig dazu —, mit einem Namen herauszutreten. Euer nicht.

Inserate.

Zahlstelle Chemnitz. Die ausgeführte Stelle eines Geschäftsführers ist besetzt. Allen Bewerberinnen dankt.

Zahlstelle Heidenheim. Die Mitglieder werden ersucht, sich am Sonntag, dem 24. Februar, nachmittags 2 Uhr, im 'Gesellschaftsraum' Ratgebendes Generalkomitees der vereinigten Gewerkschaften vorzustellen.

Chemische Industrie

Mehr Schutz für die Arbeiter in der chemischen Industrie.

Unter dem 6. Februar 1912 ist dem Reichstag eine Drucksache unter Nr. 7 zugegangen, die den Titel führt: Uebersicht der vom Bundesrat gefaßten Entschlüssen auf Beschlässe des Reichstags. Darin ist auch Auskunft über das Schicksal jener Anträge, Resolutionen usw. gegeben, die seit dem Jahre 1907 von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht worden sind zum Schutz der Arbeiter, die den Gefahren der Vergiftung, des Feuers und der Explosionsfolgen ausgesetzt sind.

Im Jahre 1907 am 28. November ereignete sich in Witten-Annen eine furchtbare Explosion auf der Koburifabrik. Daß die Schäden für Betrieb und Nachbarschaft größer waren als die Schädigungen für Leib und Leben der Arbeiter, ist nur dem glücklichen Umstand zu verdanken, daß der Betrieb nicht im Gange war. Wäre die Arbeit bereits begonnen gewesen, dann hätte die Geschichte eine erschütternde Katastrophe vom Schlachtfeld der Arbeit mehr zu verzeichnen, die Leichenhügel hätten sich gemehrt, das Blutmeer wäre gestiegen. In Geispolshausen ereignete sich am 12. Januar 1907 in einer Zellulosefabrik ein Brand, der große Opfer an Menschenleben und Gesundheit der Beschäftigten forderte. Meist junge, der Kindheit kaum entwachsene Arbeiterinnen fielen dem Unglück zum Opfer. Bei dem Betriebe waren aber so ziemlich alle Vorsichtsmaßnahmen außer acht gelassen. In alten für den Abbruch reifen Betriebsräumen, die nicht einmal mit Notausgängen versehen waren, mußten die Beschäftigten für den Profit fronden. Jede Anlässe, gewiss ernstester Art, wurden von der sozialdemokratischen Fraktion benutzt, an die verbündeten Regierungen die Aufforderung zu richten, gesetzgeberische Maßnahmen und bundesrätliche Verordnungen auf Grund der Gewerbeordnung in die Wege zu leiten, wodurch dergleichen Unglücksfällen nach Möglichkeit vorgebeugt und eine wirksame Entschädigungspflicht zugunsten aller Beschädigten geschaffen wird. Sehen wir uns nun den Beschluß und die Bemerkungen des Bundesrats zu dieser Forderung an:

„Bei der Vielfältigkeit der Zelluloseindustrie ist es nicht möglich, dafür Vorschriften auf Grund von § 120c der Gewerbeordnung zu erlassen. Es haben aber sämtliche Bundesstaaten, in denen Zellulose- und Zellulosewarenfabriken vorhanden sind, besondere Bestimmungen oder Anweisungen über deren Einrichtung und Betrieb erlassen.“

Der „Proletarier“ hat wiederholt dargelegt, daß diese Verordnungen an sich und auch in bezug auf ihren Inhalt ungenügend sind. Es müssen für alle Bundesstaaten geltende Reichsverordnungen sein; heute sind es nur zur Beachtung empfohlene Grundsätze, denen leider von dem Minister für Gewerbe und Handel noch mit auf den Weg gegeben worden ist, „man brauche sich nicht eng an den Wortlaut zu halten“. Es ist überflüssig zu sagen, daß die Grundsätze nicht tief genug graben. Seit dem Erlaß hat denn auch der Gesundheit und Leben verlustende Kapitalismus manche Opfer aus den Reihen der Zellulosearbeiter geholt. Das veranlaßte die Vorstände des Fabrikarbeiter-, Holzarbeiter- und Buchbindeverbandes, dem Reichstag eine Petition zu übermitteln, in welcher abermals für die Zelluloseindustrie Bundesratsverordnungen gefordert wurden. Diese Petition wurde durch Beschluß des Reichstags dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Der Beschluß des Bundesrats lautet kurz: Der Bundesrat hat dem Beschluß keine Folge gegeben.

Es war von der sozialdemokratischen Fraktion weiter gefordert, „für die Verarbeitung giftiger und explosiver Stoffe Verordnungen auf Grund der §§ 120c und 139a der Gewerbeordnung zu erlassen“. Der Beschluß des Bundesrats unterläßt es auch hier, einen Schritt nach vorwärts zum Schutze der den Vergiftungs-, Verätzungs- und Verbrennungsgefahren ausgesetzten Arbeiter zu unternehmen. Er glaubt mit nachfolgenden Entschlüssen seinen Pflichten, Leben und Gesundheit der wirtschaftlich Schwachen zu schützen, erfüllt zu haben. Er weist auf die bestehenden Verordnungen in der Blei- und Chromatindustrie hin und fährt fort: „Für die Sprengstoffindustrie und die chemische Industrie, soweit sie giftige Stoffe verarbeiten, hat sich ein Vorgehen auf Grund des § 120c der Gewerbeordnung nicht zweckmäßig erwiesen, weil die Arbeitsverfahren außerordentlich verschieden sind und eine Bundesratsverordnung nur ganz allgemeine Vorschriften bringen könnte. Außerdem könnte dabei der sehr wichtige Nachbarschutz nicht berücksichtigt werden. Für die Zwischenprodukte- und Leerfarbenindustrie sind einheitliche Anweisungen oder Grundzüge aufgestellt, die den Behörden als Unterlagen für die Ueberwachung und Genehmigung der betreffenden Anlagen dienen. Für die Sprengstoffindustrie sind seitens der Bundesregierungen eingehende Vorschriften und Anweisungen erlassen.“

Die letzten Sätze geben nach ihrer Fassung wenigstens grundsätzlich zu, daß die Forderung nach gründlicherem Schutze berechtigt ist, aber sie sind weit davon entfernt, diesen Schutz zu bringen; der kann nur auf Grund allgemeiner Verordnungen gebracht werden. Eigenartig mutet die Behauptung an, bei solchen Verordnungen könnte der sehr wichtige Nachbarschutz nicht berücksichtigt werden. Der „gute Nachbar“ in allen Ehren, aber vorher kommt der Schutz der Arbeiter. Den Nachbarn erwacht in erster Linie sachlicher Schaden; der Rauch legt sich auf Pflanzen, die Blüten und Blätter der Obstbäume und verhindert deren Gedeihen; ätzende Ausdünstungen zerfressen die Vorhänge und belästigen auch die Geruchsnerven. Alle diese Dinge geben eine Vorstellung davon, welchen Schäden der Arbeiter ausgesetzt ist, der in unmittelbarer Nähe der Ausdünstungen arbeitet. Sein Schutz muß zu allererst Ziel der Gesetzgebung sein. Der Schutz der Nachbarn kann trotzdem erreicht werden.

Aus der Erkennung der Notwendigkeit heraus, daß in der chemischen Industrie wie in jeder andern eine ungeheure Klüft

zwischen Ertrag der Arbeit und dem Schutze der Arbeiter herrscht, welche den Goldstrom immer vollpumpen müssen, hat die Sozialdemokratie nimmehr folgenden Antrag eingebracht:

- 1. Festsetzung eines sanitären Normalarbeitstages (§ 120f der Gewerbeordnung) für alle Betriebsabteilungen, in welchen giftige Stoffe hergestellt oder verarbeitet werden;
2. Einschränkung der Ueberzeitarbeit und Verbot der überlangen Beschäftigungen;
3. Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages für die an Sonn- und Festtagen Beschäftigten;
4. Verbot der Altdarbeit für Arbeiter, die mit giftigen, feuer- und explosionsgefährlichen Stoffen zu hantieren haben;
5. Belehrung der Arbeiter über die Gefahren bei der Bearbeitung von giftigen, feuergefährlichen und explosionsfähigen Stoffen sowie über die gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der Arbeiter;
6. Normalvorschriften für sanitäre Einrichtung der Arbeitsräume, Wasch- und Dabeanhalten, Ankleide- und Speiseräume;
7. ständige Unternehmung und Beobachtung der Betriebe und der Arbeiter durch beamtete Verze;
8. Zuziehung von Arbeiterkontrollen zur Mitüberwachung der Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsmaßnahmen.

Dieser Antrag enthält einen wesentlichen Teil der vom ersten Kongreß der chemischen Arbeiter an die Gesetzgebung gestellten Forderungen. Angesichts der nichtachtenden Behandlung der in der vorigen Legislaturperiode vom Reichstag angenommenen Anträge und Resolutionen durch den Bundesrat sollte man annehmen, daß der jetzige Reichstag den vorliegenden Antrag nicht nur annimmt, sondern auch bei der Beratung eine entsprechende Antwort auf die Entschlüssen des Bundesrats gibt.

Die chemische Industrie der Kleinstaaten.

II.

Ueber den Gesundheitszustand der Thomaschlackenarbeiter in sechs Betrieben berichtet der Beamte von Lothringen. Sämtliche Anlagen weisen einen starken Arbeiterwechsel auf, der zwischen 150 bis 380 Prozent schwankt. Die Zahl der Krankheitsstage stellte sich auf 100 im Durchschnitt der beschäftigten Arbeiter wie folgt:

Anlage:	I	II	III	IV	V	VI	Für alle Anlagen:
1907:	151,6	123,6	78,7	58,2	—	—	111,8
1908:	111,7	87,5	80,0	64,4	20,2	—	88,4
1909:	106,8	116,3	82,2	41,7	10,0	37,5	86,8
1910:	99,2	135,7	105,8	40,4	20,0	50,0	91,6

Die Anlagen I und II sind am größten und ältesten, der Gesundheitszustand der Arbeiter aber ist am schlechtesten. Eine zum Teil erhebliche Steigerung der Krankheitsziffern weisen II und III auf. In Anlage IV ist seit 1909 ein modernes Entstaubungssystem eingeführt, und man kann den Rückgang der Erkrankungen der Arbeiter lediglich auf diesen Umstand zurückführen. Der verhältnismäßig günstige Stand der Anlage V ist dem Umstand zuzuschreiben, daß die kleine Anlage nur ab und zu betrieben wird. Während der Zwischenzeit sind die Arbeiter in der Tongrube und Hiegelei beschäftigt. Das Gesamtergebnis über die Zahl der Krankheitsstage weist bis 1909 für alle Anlagen einen Rückgang auf; leider zeigt das Jahr 1910 schon wieder eine Verschlechterung. Der Bericht bemerkt: „Die Annahme, daß ein häufiger Arbeiterwechsel die Erkrankungen der Atmungsorgane verringert, findet in der Zusammenstellung keine Bestätigung. Aus den Zahlen könnte man vielmehr auf das Gegenteil schließen.“

Der gleiche Beamte berichtet über eine auffallende Erkrankungserscheinung in einer Thomaschlackemühle. Sieben Arbeiter hatten die Seilbahnwagen mit roher Thomaschlacke zu beladen. Die tiefliegende Arbeitsstelle wurde bei einem Hochwasser überschwemmt, so daß die Arbeiter sechs Stunden in dem Wasser arbeiten mußten, in welchem Stücke von Thomaschlacke herumlagen. Soweit das Wasser in Berührung mit den Weinen gekommen war, wurden diese wund. Die Leute waren vier bis fünf Wochen arbeitsunfähig. Es konnte nicht festgestellt werden ob die Verätzung von Thomaschlacke oder durch eine anderweitige Verunreinigung des Wassers — vielleicht durch eins der großen industriellen Werke, die an dem betreffenden Wasserlauf liegen — herbeigeführt worden ist, da eine Probe des Wassers nicht sofort genommen werden konnte, weil die Gewerbeinspektion zu spät Kenntnis von den sieben Unfällen erhielt.

An Maßnahmen zur Verhütung von Erkrankungen sei folgendes gebucht:

Der Lübecker Beamte beanstandete, daß in Betriebsräumen einer chemischen Fabrik, „in welchen mit dem Austreten nitroser Gase aus Apparaturen zu rechnen ist, die Arbeiter sich Kleiderablagen und Ruheplätze zur Einnahme der Raßseiten eingerichtet hatten, trotzdem in einem besonderen Anbau luftige Aufenthaltsräume vorhanden waren“. Welcher Grund die Arbeiter veranlaßte, so zu verfahren, wird leider nicht mitgeteilt.

Die Einführung von mechanischen Röstföhen bei der Fabrikation von Schwefelsäure, die teilweise auch als vorbeugende Maßregel angesehen werden kann, wird von den Beamten aus Anhalt und Lothringen berichtet. Natürlich spart der Unternehmer auch bedeutend an Löhnen für Arbeitskraft und an andern Kosten. So ersetzt zum Beispiel der mechanische Röstföhen sechs Feintföhen mit Handbetrieb. Das zur Verarbeitung gelangende Material läuft mechanisch in den Ofen, die Abbrände fallen von selbst in gekühltem Zustand heraus. Der Ofen bedarf nur einer sorgfältigen Ueberwachung. Die Arbeiter sind nicht mehr der schweren körperlichen Anstrengung und dem Einatmen saurer Gase ausgesetzt, wie das bei den Handföhen der Fall ist.

Auch von der Einführung der Entleerungsmaschine für Superphosphatammern, von der der Anhalter Beamte berichtet, kann ähnliches behauptet werden.

Auch die Verlängerung der Arbeitszeit ist als eine vorbeugende Maßnahme anzusprechen. Der Lothringener Beamte betont, daß die Arbeiter kontinuierlicher Betriebe den achtstündigen Schichtwechsel bevorzugten. Er hat nun im Laufe des

Jahres eine Beschwerde der Arbeiter einer chemischen Fabrik erhalten, der folgender Tatbestand zugrunde lag: In einer Abteilung dieser Fabrik war der kontinuierliche achtstündigen Schichtenbetrieb üblich. Durch Verbesserung der Arbeitsweise konnte der Nachtbetrieb weggelassen, wenn an seine Stelle Tagesbetrieb mit einer täglichen Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden trat. Die Arbeiter wollten jedoch die achtstündigen Schichten beibehalten, obwohl diese zur Hälfte abwechselnd in die Nachtzeit fielen. Der Gewerbeinspektor trat der Ansicht der Unternehmer bei. Man kann über diese Regelung verschiedener Ansicht sein. Jedenfalls bedeutet die Verlängerung der Arbeitszeit eine erhebliche Verschlechterung. Handelt es sich noch dazu um eine gesundheitsgefährliche Betriebsabteilung, dann fällt die Verschlechterung doppelt ins Gewicht. Unter diesen Umständen ist eine kurze Schicht, und sei sie auch mit Nachtarbeit, besser. Die Nachtarbeit ist gewiß schädlich, aber noch schädlicher ist eine lange Arbeitszeit in giftig-würgenden Räumen. Für die chemischen Arbeiter bedeutet die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit das größte Uebel.

Interessant sind die Mitteilungen, die derselbe Beamte über die Folgen der Verkürzung der Arbeitszeit von 12 auf 8 resp. von 10 1/2 auf 9 1/2 Stunden macht. Es handelt sich um eine größere Fabrik Lothringens, die im Jahre 1906 die Verkürzung der Arbeitszeit einführt. Zwar gibt er nicht an, welche Fabrik es ist, aber nach Lage der Sache wird der Eingeweihte herausfinden, daß es sich um die Solwaywerke handelt, die in Lothringen Zweigfabriken haben. Nachdem der Beamte vorausgeschickt hat, daß auch im laufenden Berichtsjahr in dem Bestreben, die Arbeitszeit zu verkürzen, Fortschritte zu verzeichnen sind, schreibt er: „Die Fabrikunternehmen, welche das wirtschaftliche Heil in möglichst langer Arbeitszeit zu finden glauben, verschwinden immer mehr. Nicht allein aus sozialen Gründen ist die kurze Arbeitszeit wünschenswert, sie entspricht auch meist den Interessen des Unternehmers, insbesondere bei tüchtiger Leitung. Wenn durch zweckmäßige Organisation und durch zeitgemäße maschinelle Einrichtungen dafür Sorge getragen wird, daß der Arbeiter diejenige dauernde Höchstleistung hervorbringt, welche er ohne Schädigung seiner Gesundheit erreichen kann, wird die höchste Wirtschaftlichkeit weit eher bei kürzerer, denn bei längerer als der üblichen Arbeitszeit erreicht, wie dies von neuem wieder durch nachstehenden, eingehend untersuchten Fall bestätigt wird. In einer größeren Fabrik, in welcher der kontinuierliche Tag- und Nachtbetrieb sehr ausgedehnt ist, wurden Ende 1906 an Stelle von zwei zwölfstündigen Arbeitsschichten drei achtstündige Schichten pro Tag eingeführt und gleichzeitig die Arbeitsschicht für die reinen Tagearbeiter von 10 1/2 auf 9 1/2 Stunden vermindert. Da dem Gewerbeaufsichtsbeamten die Bücher und die Mithilfe der Beamten bereitwillig zur Verfügung gestellt wurden, konnte ein möglichst genaues wirtschaftliches Ergebnis dieser Verringerung festgestellt werden. Die Untersuchung gestaltete sich insofern schwierig, als die inzwischen erfolgte Sohnerhöhung und die maschinellen Verbesserungen zur Verminderung der Handarbeit in den verschiedenen Betriebsabteilungen, die jede für sich untersucht wurden, in Rechnung gezogen werden mußten. Das rechnerisch erhaltene Gesamtergebnis ist kurz folgendes: Die Zahl der Arbeiter mußte alsbald nach Einführung der kürzeren Arbeitsschichten um 15 Prozent erhöht werden, um dieselbe Produktion zu erzielen wie vorher, konnte jedoch nach und nach, immer bei Annahme einer gleichen Produktion, innerhalb dreier Jahre in dem Maße verringert werden, daß die jetzige Arbeiterzahl weit geringer ist (ebenfalls um 15 Prozent) als die ursprüngliche, vor der Verkürzung der Arbeitszeit vorhandene. Ungeachtet der durchschnittlichen Sohnerhöhung von 13,3 Proz. haben sich die Kosten für die Löhne dennoch nicht vermehrt; dazu ergab sich ein großer materieller Vorteil dadurch, daß die Vermehrung in den wöchentlichen längeren Arbeitsschichten von jetzt 12 Stunden erzeugten Waren von guter Beschaffenheit sind, während die in der zweiten Hälfte der früheren 24stündigen Arbeitsschichten hergestellten Fabrikate stets minderwertig, oft sogar unbrauchbar waren. Diese langen, vierundzwanzigstündigen Arbeitsschichten waren nicht allein für die Arbeiter anstrengend und nachteilig, sondern sie waren auch der Ehre der Betriebsingenieure. Als besonders interessant mag noch angeführt werden, daß bei den eigentlichen Fabrikationsarbeiten, die auf die Höhe der Produktion direkt einwirken können, also abgesehen von den Tagelöhnern, den Handwerkern, den Eisenbahnarbeitern, den Fuhrleuten usw., sich die erhöhte Arbeitsleistung für sämtliche Betriebsabteilungen auf durchschnittlich 25,6 Prozent berechnet, wovon 8 Prozent auf die maschinellen Verbesserungen und 17,6 Prozent auf die individuellen Mehrleistungen der Arbeiter entfallen.“ Was wir schon immer behaupteten, daß die kurze Arbeitszeit den Arbeiter zu erhöhter Leistungsfähigkeit anspornt, ist hier eingetreten und wird amtlich bestätigt. Mit der Einführung kurzer Arbeitszeit hat sich gehoben: die Leistungsfähigkeit und der Lohn der Arbeiter sowie die Qualität der hergestellten Produkte. Es hieße das Urteil des Beamten abschwächen, wenn wir es noch weiter kommentieren würden. Um zu beweisen, daß auch die Verkürzung der Arbeitszeit als vorbeugende Maßnahme in Betracht kommt, geben wir dem Beamten erneut das Wort:

„Um festzustellen, inwieweit die kürzere Arbeitszeit (achtstündige statt zwölfstündiger Tagesschicht für den Tag- und Nachtbetrieb und 9 1/2stündige statt der 10 1/2stündigen für die Tagearbeiter seit Ende 1906) in der unter Abteilung I. A. in diesem Bericht erwähnten Fabrik, auf die Gesundheitsverhältnisse eingewirkt hat, wurde in den Krankenlistenbüchern festgestellt, daß die Anzahl der Erkrankungen 1906 von 446 Fällen (= 56,7 Prozent der damaligen Arbeiterzahl) auf 327 (= 49,0 Prozent der jetzigen Arbeiterzahl), demnach um 7,7 Prozent zurückgegangen ist. Um bei diesem günstigen Ergebnis die etwaige Einwirkung kurzer fingierter Krankheitsfälle auszuschließen, die bei kürzerer Arbeitszeit erfahrungsgemäß

weniger vorkommen, als bei längerer, sind die entsprechenden Zahlen für diejenigen Fälle, die eine Erkrankung von mindestens einer Woche Dauer im Gefolge hatten, gleichfalls ermittelt worden.

Table with 4 columns: Disease type (e.g., Injektionskrankheiten, Tuberkulose), 1906, 1909, and a combined total for 1906-1909.

Angeichts dieser Statistik läßt sich nicht gut bestreiten, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auch als Vorbeugungsmittel gegen Erkrankungen ihren Zweck erfüllt hat.

Nachdem wir mit der Besprechung der Jahresberichte aller Gewerbeaufsichtsbeamten des Deutschen Reichs dem Schlusse zueilen, sei noch ein kurzer Ueberblick gegeben über die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe und der darin beschäftigten Arbeiter sowie über die von der Revision erfaßten Betriebe und Arbeiter der chemischen Industrie im ganzen Reich.

Table showing revision statistics for 1910 and 1909 across various states (e.g., Preußen, Bayern, Sachsen) and a national total.

Das Gesamtergebnis für 1910 verglichen mit 1909 ergibt eine Abnahme der revisionspflichtigen Betriebe um 126, eine Zunahme der darin beschäftigten Arbeiter um 1017.

30 Prozent Erwerbende. Die Spanne des Gold- und Silbererwerbende ansteigt, bis 1908-07 je 20, 1908-03, 1909-20 und 1910-11 je 30 Prozent Erwerbende ansteigt, bis 1910-11 je 30 Prozent Erwerbende ansteigt.

Die Geiseln an der Arbeit. In Italien wurden auf der Sprengstoff-Fabrik in Genua bekanntlich die Arbeiter geiselt.

öffentlich, sondern versucht, von hinten herum zu überrumpeln, damit man dann sagen kann, die Arbeiter wüssten die 'Wertvereine'.

Ob die Arbeiter in Troisdorf auf diesen Reim kriechen werden, darf billig bezweifelt werden, der Gewalt der Sprengstoffmajore werden ihnen hoffentlich die Augen geöffnet haben.

Für Gewerbetreibenden Unfallversicherung in Ungarn?

Aus Ungarn, einem Lande, das als äußerst reaktionär verschrien ist, kommt die Nachricht, daß eine Vorlage in Arbeit ist, nach der Gewerbetreibenden zur Unfallversicherung gezwungen werden.

In der Amilinfabrik Grewin herrschen Mißstände, die dringend der Beseitigung bedürfen. In der Abteilung, wo Metallarbeiten und Löffel hergestellt wird, muß der Arbeiter den Paracetranilin schäufelweise in den Apparat werfen und Länge hinzufügen.

Als größter Antreiber wird Meister Hull bezeichnet; er wirft den Leuten immer vor, daß sie mit der Arbeit nicht fertig würden. Im Sommer sei die Arbeit in acht Stunden geschafft worden, und jetzt nicht einmal in 12 Stunden.

Zur Verbringung von Bescheiden findet alle Montag früh halb neun Uhr im Besitze des Herrn Leichter eine Konferenz statt. Wenn aber ein Arbeiter eine Beschwerde vorbringt, so wird ihm vom Meister Dinge so nachgesieht, daß es ihm vergeht, sich ein zweites Mal zu beschweren.

Was dann die Arbeitslosen die Vererbung Dr. Wiens erfahren, fragten gleich 25 Mann in dem Betriebe Dr. Wiens nach Arbeit an, und saßen da, nicht einer wurde eingestellt!

Um unsere Arbeitern eine gute Lehrzeit zu verschaffen, sind wir gewillt für unsere verheirateten Arbeiter, die länger als ein halbes Jahr bei uns beschäftigt sind, das 'Deutsche Volksblatt für Siecht und Land' zu bestellen.

Helmut J. Dr. Wiens. Für eine Zeitung brauchen die Herren nicht zu sorgen, die bestellen sich die Arbeiter selbst, und zwar solche, welche die Interessen der Arbeiter vertreten, nicht die der Unternehmer.

Wann den Arbeitern bei 30 Pf. Stundenlohn auch der Magen lauter, so sind die Herren doch besetzt, wenigstens für geistige Kost zu sorgen.

Um unsere Arbeitern eine gute Lehrzeit zu verschaffen, sind wir gewillt für unsere verheirateten Arbeiter, die länger als ein halbes Jahr bei uns beschäftigt sind, das 'Deutsche Volksblatt für Siecht und Land' zu bestellen.

Helmut J. Dr. Wiens. Für eine Zeitung brauchen die Herren nicht zu sorgen, die bestellen sich die Arbeiter selbst, und zwar solche, welche die Interessen der Arbeiter vertreten, nicht die der Unternehmer.

Wann den Arbeitern bei 30 Pf. Stundenlohn auch der Magen lauter, so sind die Herren doch besetzt, wenigstens für geistige Kost zu sorgen.

Um unsere Arbeitern eine gute Lehrzeit zu verschaffen, sind wir gewillt für unsere verheirateten Arbeiter, die länger als ein halbes Jahr bei uns beschäftigt sind, das 'Deutsche Volksblatt für Siecht und Land' zu bestellen.

Papier-Industrie

+ Der Segen der Betriebskrankenkassen.

Am 25. November 1911 berichtete der 'Proletarier', daß bei der Firma Kübler u. Niethammer, Kriebitz bei Waldheim i. S. ein Arbeiter, der über 30 Jahre bei der Firma beschäftigt gewesen und sogar im Besitze eines 'Diploms' für 'Treue in der Arbeit' ist, nach einer längeren Krankheit nur wieder eingestellt werden sollte.

Beginnen wir gleich mit der letzten Behauptung der Firma. Daß S. Hausbesitzer in Waldheim ist, trifft nicht zu. S. hatte früher einmal das zweifelhafte Glück, ein Haus, 'sein eigen' nennen zu dürfen, wovon ihm in Wirklichkeit jedoch nicht viel geblieben.

Nichtig ist, daß S. mit 14-tägiger Schonzeit 1910 aus der Heilanstalt als angeblich gesund entlassen worden ist. S. sählte sich krank, er war ja auch nicht völlig gesund, denn wozu sonst die 14 Tage Schonzeit.

Nun soll S. das schäuderhafte Verbrechen begangen und ohne Wissen der Firma einen Antrag auf Invalidenrente gestellt haben.

Wir haben mit Mitgliedern der Fabrikantenklasse über den Fall gesprochen, die bekunden uns, daß der Direktor Rieck in der fraglichen Versammlung den Fall S. den Vertretern so geschildert hat, daß die Vertreter glauben mußten, S. wollte tatsächlich die Rente ausnützen.

Bisher war die Firma Kübler u. Niethammer noch nicht die Stätte, wo die Arbeiter ohne Gefahr ihre eigene Meinung vertreten konnten.

+ Düsseldorf. Reischholz. In der Papierfabrik Reischholz Akt.-Ges. Verträge ist seit einer Reihe von Wochen die Sonntagsarbeit zur Regel geworden.

Wir haben mit Mitgliedern der Fabrikantenklasse über den Fall gesprochen, die bekunden uns, daß der Direktor Rieck in der fraglichen Versammlung den Fall S. den Vertretern so geschildert hat.

Das ist ein großer Fehler, den die Fabrikantenklasse begangen hat, und es ist zu hoffen, daß sie sich davon Lehren ziehen wird.

In Italien wurden auf der Sprengstoff-Fabrik in Genua bekanntlich die Arbeiter geiselt. Eine solche geistliche Zwangsmittel, wie die Fesseln, sind aber immerhin noch ein Schritt nach vorn, wenn man bedenkt, daß die Arbeiter in Genua gar keine Fesseln trugen.